

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 19. 30. Jahrg.

11. Mai 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4208. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Bereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. An unsere Kriegsteilnehmer! Rundschau. Aus dem Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916. — Allgemeines: Lohn- und Teuerungszulagen. Ortsberichte: Düsseldorf. — Der Lithograph: Heraus aus dem Elend! III. — Graphische Technik: Eine Bitte! Etwas vom Sparen und anderes. I. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadr.: z. H. d. Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler.

Nachstehende Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an, begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.

I. Kreis:

Berlin: Gustav Kuhne, Belkner & Hübner.

Tarifamt betreffend:

Gehilfenvorsitzender: Max Gragen, Friedenau-Berlin, Ringstraße 25, II.

Berlin, den 3. Mai 1917.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.

Max Gragen, Gehilfenvorsitzender.

Rich. Köhler, Geschäftsführer.

An unsere Kriegsteilnehmer.

Werte Kollegen! In einem Rundschreiben, das wir vor einigen Monaten an unsere im Felde stehenden Kollegen, soweit ihre Adressen uns bekannt waren, sandten, gaben wir das Versprechen ab: »Was zur Stärkung der organisatorischen Macht der Gehilfenschaft getan werden muß, kann nur das Werk der zuhausegebliebenen Kollegen sein. Sie werden mit allen Kräften daran arbeiten, diese Pflicht zu erfüllen.«

Wir haben dies Versprechen nicht vergessen. Wir haben uns nach Kräften redlich bemüht, das denkbar Äußerste darin zu leisten. Und doch konnte der Erfolg nicht so sein, wie wir wünschten und ihr von uns erwarten mußtet. Uns ist es wohl bewußt, mit welcher brennenden Sehnsucht jeder einzelne von euch den Tag erhofft, an dem er sein menschenwürdiges, grausames Gewerbe, an dem er das Leben in Schlimm und Qual endlich, endlich aufgeben darf. Ebenso menschlich begreiflich ist der Gedanke, der draußen immer wiederkehrt und der den durch einen glücklichen Umstand Heimfahrenden beseelt: was sind alle Entbehrungen der Heimat gegen das Leben, das wir hier draußen führen? — Ach, wie viele haben schon so gedacht und gesprochen. In allen Fällen genügt aber nur wenige Tage der häuslichen Tätigkeit, um einen völligen Umschwung dieser Gesinnung herbeizuführen.

Wir wollen niemandem das Herz schwer machen und daher alle Schilderungen der Lebensverhältnisse in der Heimat unterlassen. Aber um eins bitten wir euch ernstlich in eurem eigenen Interesse, würgt den verderblichen Gedanken hinunter: »ich wollte ja mit jedem Lohn, mit allem zufrieden sein, wenn ich nur zu Hause sein dürfte!« Wer auf solchen Gedanken die Tat folgen lassen wollte (viele haben es leider schon getan), der schädigt nicht nur sich, sondern die gesamte Kollegen-

schaft. Der hilft in unüberlegter Weise zu seinem Teil daran mit, daß die Daheimgebliebenen ihr Versprechen nicht einhalten konnten: die Arbeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten.

Die Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel sind ungeheuerlich gestiegen, die ganzen Lebensverhältnisse so ersdwert, daß ein Vergleich mit der Friedenszeit einfach undenkbar ist. Die Steigerung von 20,5 Proz., die die berühmte »Deutsche Arbeitgeberzeitung« als kolossale Lohnzunahme für die Arbeiter herausgerechnet, deckt nicht im entferntesten die erhöhten Mehrausgaben für die Lebenshaltung. Obendrein trifft sie noch nicht einmal zu. Richtig ist, daß in der Munitionsindustrie und in einigen wenigen Kriegsindustrien weit höhere Löhne gezahlt werden, Löhne, die allmählich hinaufgetrieben sind durch unermüdete gewerkschaftliche Ausnutzung der dort zur Zeit günstigen Konjunktur, durch Benutzung der im Metallgewerbe vielfach obligatorischen Zwangsschlichtungsstellen und ähnliches mehr. Aber selbst die »Arbeitgeberzeitung« muß zugeben, wie weit dabei der notwendige Arbeiterschutz in Wegfall gekommen ist, denn wenn wöchentlich 100 bis 110 Arbeitsstunden, wenn 24- bis 36-stündige Arbeitsschichten vorkommen, dann sinken die Löhne von selbst im Wert herab. Nur dort, wo rastlose gewerkschaftliche Kleinarbeit und fester Zusammenhalt die Arbeiter vorwärts trieb, dort hat sich auch der Stundenlohn wesentlich gehoben.

Höher, wesentlich höher sind die Löhne in der gesamten Kriegsindustrie als im graphischen Gewerbe. So erklärt es sich auch, daß immer noch eine für den Beruf nicht unerhebliche Zahl unserer Kollegen, daß selbst tüchtige Kräfte dort versuchen weiterzukommen. Wie sieht es denn in unserm Gewerbe in Deutschland aus. »Das unbegreifliche hier ist's getan«, in zahllosen Firmen sitzen nicht wenige Kollegen, die heute noch Löhne erhalten, genau wie in Friedenszeiten. Dort hat ein Kollege, der mehr als 30 Jahre in einer Firma arbeitete, ganze 28 Mk. Lohn. Wie unsagbar muß das Elend in dieser Familie sein. Dieser Jammerlohn reicht nicht im entferntesten zum Bezuge der behördlich rationierten Lebensmittel hin. Nein, das ist kein Leben; ein solcher Mann kann keine Begeisterung für den Begriff Vaterland aufbringen; was er in seinem Innern spürt, ist nur dumpfe Verzweiflung und Hunger. Glaub nicht, daß es sich nur um einen Einzigling handelt. Bei näherer Feststellung hat es sich herausgestellt, das die Zahl dieser miserabel entlohten Kollegen weit größer ist, als wir es selbst träumen ließen. So mancher, der ebenso wenig auf gute Behandlung als auf guten Lohn sah, dessen ganzer Heldenmut immer nur im Kleben an dem gewohnten Arbeitsplatz bestand, sitzt heute noch in rührender Bescheidenheit mit Friedenslohn. So in kleineren und mittleren Druckorten, leider aber auch in den größten Städten. Heute noch ist unfassbarer Weise in Leipzig und Hannover, Dresden und anderen

Orten 36 Mk. ein hoher Lohn. München und Berlin nehmen im Durchschnitt eine Ausnahmestellung ein.

Ihr werdet erstaunt fragen: Ist das die Einhaltung eures gegebenen Versprechens? — Und ihr habt ein Recht darauf, so zu fragen. Aber beachtet bitte auch unsere Antwort.

Wer hat Schuld an solchen blamablen Verhältnissen? Nun zweifellos einmal die Unternehmer, dann die Kriegsverhältnisse und zuletzt ein klein wenig auch unsere aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen. Laßt uns diese Behauptung beweisen.

Wir sagen die Unternehmer. An sich haben wir uns längst mit dieser Tatsache abgefunden, weil unsere sozialistische Auffassung uns lehrt, daß es im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, den Lohn der Arbeiter im Interesse des Unternehmerprofits zu senken. Dagegen haben die Gewerkschaften seit Jahrzehnten mit gutem Erfolg angekämpft. In dieser ersten Zeit steht aber mehr auf dem Spiel als nur der Profit. Es handelt sich um die Existenz des ganzen Gewerbes, das durch die Kriegszeit aufrecht erhalten werden soll. Wohl ist uns häufig von Unternehmern die Mahnung gegeben worden, für Rückkehr aller Gehilfen aus anderen Berufen Sorge zu tragen, damit die Betriebe nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden können. Unsere Verbandsarbeitsnachweise haben sich redlich und nicht ohne Erfolg bemüht in diesem Sinne zu wirken. Oft aber mußten wir dabei die unangenehme Erfahrung machen, daß der von den Unternehmern gebotene Lohn in keinem Verhältnis zu den in anderen Gewerben gezahlten Verdiensten stand, ja daß eine Einstellung alter bewährter Gehilfen wegen geringer Unterschiede im Lohnangebot abgelehnt wurde. Soweit kann wirklich die Aufopferung der Gehilfen nicht gehen, daß sie statt 50 bis 60 Mk. Lohn anderwärts in ihrem alten Beruf mit 30 bis 35 Mk. sich bescheiden sollen. Das hier gesagte trifft im gleichen Maße die Unternehmer aller uns angeschlossenen Berufe; diese kurzsichtige, nur den eigenen Vorteil beachtende Politik macht sich leider im Chemigraphie- und Lichtdruckgewerbe genau so bemerkbar wie im Steindruckgewerbe.

Und noch ein's. Wieviel unserer reklamierten Gehilfen mögen sich in sichere Betriebe der Kriegsindustrie zurückgezogen haben, weil die deutlichen und versteckten Drohungen ihrer Prinzipale, und die absolute Unmöglichkeit Lohnzulagen zu erreichen, ihnen auf die Dauer unerträglich wurde. Nicht jeder Unternehmer besitzt den Takt ein zweifellos vorhandenes wirtschaftliches Übergewicht dem schwächeren Teil gegenüber unbenutzt zu lassen.

Schuld an den unbefriedigenden Lohnverhältnissen haben ferner die Kriegszustände. Die gewerkschaftliche Arbeit zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist leider unendlich viel schwerer als je zur Friedenszeit, in manchen Bezirken ist sie geradezu zur Unmöglichkeit geworden. Darum bitten wir, ehe ihr Vorwürfe gegen

diejenigen erhebt, die eurer Meinung nach nicht energisch genug die Interessen der Kollegen vertreten, berücksichtigt einige wichtige Einwände.

Nur ein kleiner Teil der Kollegenschaft ist noch im Beruf tätig. Über 16000 Kollegen waren wir vor dem Kriege im Verband, heute sind wir noch rund 5500. Nun wird es für jeden erklärlich sein, daß unter den Eingezeichneten die jüngsten, tatkräftigsten und für die gewerkschaftliche Arbeit wertvollsten Elemente sich befinden. Ein Teil der Arbeitenden sind Kriegsbeschädigte oder sonstwie vom Herredienst Entlassene, die überwiegende Mehrzahl aber befindet sich im höheren Alter und scheidet damit mehr oder weniger für die aufreibende gewerkschaftliche Arbeit aus. So werdet ihr erkennen, daß der unsere Kollegen sonst auszeichnende Kampfgeist merklich nachlassen mußte, weil die geeigneten Kämpfer fehlen.

Weiter müssen wir noch feststellen: mit euch zog leider ein großer Teil unserer tatkräftigsten Vertrauensleute in's Feld. Nicht alle, aber zum Schaden der Verbandsarbeit ein so erheblicher Teil, daß schon dadurch allein eine üble Rückwirkung eintreten mußte. Wer wüßte es nicht wie notwendig für die gewerkschaftliche Disziplin, für den kollegialen Zusammenhalt und für den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung das dauernde, charakterfeste gute Beispiel eines sozialpolitisch geschulten Vertrauensmannes ist? In zahlreichen Betrieben ist diese wertvolle Kraft für die Organisation mit dem Vertrauensmann für die Kriegszeit verloren gegangen. Den ängstlichen Kollegen fehlt nun häufig der ruhig und selbstbewußt handelnde, vorbildliche Kollege. Und wenn ihr nun an diesen oder jenen Helden im Schlafrock zurückdenkt, wie ihr sie häufig bei der Arbeit kennen lernen müßtet, an jene, die vor jedem Meisterblick am liebsten in's Mauseloch kriechen wollten, dann werdet ihr begreifen können, warum sich viele sofort bei Beginn des Krieges heimlich aus dem Verbands drückten.

Um so anerkennenswerter ist die tapfere Mitarbeit des leider nur geringen Häufleins treuer Verbandsmitglieder. Ihr Eifer, überall dort einzuspringen wo Leute fehlten, wo neue Lücken durch den Krieg gerissen wurden, soll unvergessen bleiben. In manchen Betrieben und Bezirken ist trotz aller Schwierigkeiten Mustergültiges geleistet worden, zum Teil gerade von den ältesten Kollegen. Freilich, auf den weniger heldenhaft veranlagten Teil unserer Kollegen vermag ihr Einfluß nichts. Keine noch so günstige Konjunktur, keine noch so ernste Teuerung lockt jene aus ihrer rührenden Zufriedenheit. Die Faust heimlich in der Tasche, so verrichten sie ihre erschwerte und vermehrte Kriegsarbeit zu Friedenslöhnen.

So liegen die Verhältnisse zur Zeit im Beruf. Darum richteten wir an alle im Felde stehenden Kollegen, in unserm eingangs erwähnten früheren Rundschreiben, die dringende Mahnung: *Wendet Euch, ehe ihr zur Arbeit zurückkehrt, erst an den Verband!* Leider haben so manche diesen Rat unbeachtet gelassen, teils weil sie das Rundschreiben nicht erhalten haben, zum Teil auch weil sie glaubten, sie hätten keine Ursache sich daran zu kehren. Fast alle haben in wenigen Tagen das irrierte ihrer Annahme freimütig eingestanden, haben nun so bald die Schwierigkeiten der heimatischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse kennen gelernt. Doch Fehler sind leichter getan als wieder gut gemacht. Darum richten wir an euch noch einmal die Mahnung, wenn ihr die Möglichkeit habt die grausame Kriegsarbeit zu Gunsten der friedlichen lieb gewordenen Berufsarbeit aufzugeben, denkt' an den alten, oft bewährten Grundsatz unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit:

Ehe ihr Arbeit annehmt, wendet euch zuerst wegen Auskunft an den Verband!

Zeigt, daß ihr trotz der langen Abwesenheit nichts an kollegialem Empfinden, nichts an

gewerkschaftlichem Geist vergessen habt. In dieser Hoffnung wünscht euch recht baldige gesunde Heimkehr im Namen aller Berufskollegen,
Der Hauptvorstand.

Rundschau.

Opfer der Arbeit. Am 25. April d. Jhs. verunglückte bei einer Explosion in den Pulvermagazinen in Fürth unter anderen auch unser Kollege der frühere Lithograph Johann Brenner tödlich. Er war fast 54 Jahre alt. Dem Verbands gehörte er seit 1915 an.

Aufhebung des Sprachenparagrafen. Der Bundesrat hat am 19. April den Reichstagsbeschluss betr. Beseitigung des § 12 des Reichsvereinsgesetzes, der für die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vorschreibt und nur für internationale Kongresse sowie für Versammlungen der Wahlberechtigten zu Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten Ausnahmen stipuliert, seine Zustimmung erteilt. Dieser Paragraph lautete in seinem ersten Absatz: »Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.« Die Aufhebung des Sprachenparagrafen dürfte in erster Linie der gewerkschaftlichen Agitation ein freieres Betätigungsfeld schaffen.

Eine Brotkartefabrik ist dieser Tage in Berlin entdeckt und ausgehoben worden. Wie die Tageszeitungen darüber berichten, war die Seele des Betriebes ein 37 Jahre alter, früherer Hausdiener Anton Wojwode. Wojwode, der oft bestraft und seit längerer Zeit »gemütskrank« ist, ist selbst nicht gelernter Buchdrucker, daher waren die gefälschten Karten zunächst so schlecht, daß die Händler sie nicht abnahmen. Da gelang es Wojwode, einen Lithographen, der zum Heeresdienst eingezogen war und sich auf Urlaub in Berlin befand, so lange zu bearbeiten, bis der Mann fahnenflüchtig wurde und sich in seinen Dienst stellte. Wojwode und seine Helfer begannen mit einer kleinen Fabrik. Nach dem Eintritt des Lithographen hob sich das Geschäft immer mehr. Sie ersetzten daher den Handbetrieb durch eine große Maschine. Wojwode verkaufte die Karten nun in größeren Posten. Seine Hauptabnehmer gaben sie wieder in kleineren Teilen an Unterhändler ab. In der neuen Fabrik beschlagnahmte man noch 13000 fertige Brotkarten und eine ganze Menge Fettkarten, die erst vorbereitet waren. Außer Wojwode und seiner Geliebten wurden noch sechs Helfershelfer hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Geschäftsergebnisse. Die Firma: *Akt.-Ges. für Buntpapier- und Leimfabrikation in Aschaffenburg*, genehmigte in ihrer Generalversammlung vom 28. April die Auszahlung einer Dividende von 7 v. H. — Die Firma: *E. Gundlach, A.-G., Bielefeld*, bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 v. H. gegen 5 v. H. im Vorjahre zur Verteilung.

Mehr Frauen als Männer! Auf Grund der Nachweisungen der Krankenkassen ergab sich für 6157 berichtende Kassen am 1. April 1917 eine Beschäftigungszahl von 4229556 männlichen und 4266077 weiblichen Personen, gegen am 1. März 1917 4186055 männlichen und 4211333 weiblichen Personen. Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 43501 oder 1,04 v. H. und die weiblichen um 54744 oder 1,30 v. H. zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 98245 oder 1,17 v. H. gestiegen. Zu beachten ist, daß die beträchtliche Zahl der in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen und damit auch deren Zu- oder Abnahme in diesen Zahlen auch nicht anteilsweise enthalten ist. — Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß bereits seit 1. Februar d. Jhs. in der deutschen Volkswirtschaft mehr Frauen als Männer beschäftigt sind.

Die Mitwirkung von Arbeitern bei der Regelung der Ernährungsfrage ist jetzt tatsächlich vielfach in die Wege geleitet worden. So ergibt sich aus einigen Erlassen des preußischen Ministers des Innern sowie des Kriegsams, daß die über die allgemeine Versorgung hinausgehenden Zulagen an Fleisch und Fett für Rüstungsarbeiter den Betriebsunternehmern zur Verteilung im Benehmen mit den Arbeiterausschüssen der Werke überwiesen werden, und daß auch für die Verteilung aller anderen Zulagen die Mitarbeit von Arbeiterausschüssen vorgesehen ist. Darauf hin ist von fast allen stellvertretenden Generalkommandos angeordnet worden, daß in denjenigen Rüstungsbetrieben, in denen gemäß § 11 des Hilfsdienstgesetzes ein Arbeiterausschuß besteht (Betriebe über 50 Arbeiter), drei Mitglieder dieses als engerer Ausschuß für die Behandlung der Ernährungsfragen durch die Arbeiter zu bestimmen sind. Für die anderen Betriebe wird eine solche Wahl empfohlen. Dieser Ernährungsausschuß hat die Aufgabe, im Benehmen mit der Werksleitung die etwaige Versorgung der Arbeiter durch die Betriebsküchen zu überwachen und die Verteilung der Zulagen vorzunehmen. Dabei ist eine Gleichmäßigkeit der Befehrerung sämtlicher Arbeiter mit den Zulagen, gegebenenfalls der Reihenfolge nach, anzustreben. In allen Fällen, in denen die Einrichtung von Betriebsküchen durchführbar erscheint, ist dieser Art der Versorgung näherzutreten. Verschiedene Generalkommandos, z. B.

dasjenige in Magdeburg, haben den großen Städten und Kommunalverbänden empfohlen, Ernährungsausschüsse zu bilden, die aus sechs Arbeitern und drei Arbeitgebern bestehen. Dieser Ausschuß, dessen Leitung der älteste Erkundungsoffizier des Bezirkes übernehmen soll, hat die Aufgabe, etwaige Beschwerden in Ernährungsfragen, soweit diese durch die Arbeiterausschüsse nicht haben erledigt werden können, zu entscheiden. Schließlich sind noch Ausschüsse bei den Regierungspräsidenten gegründet worden, welche zur weiteren Entscheidung von Beschwerden berufen sind. Alle diese Ausschüsse sind schon in vielen Bezirken in Tätigkeit. Auch der vom Kriegsamt ausgehenden Anregung, an der Nachprüfung der Vorräte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Vertreter der Industriearbeiter teilnehmen zu lassen, ist vielfach entsprochen worden. Namentlich die Provinzialkalkstoffstellen haben derartige Anordnungen in weitem Umfange bewirkt und bereits durchgeführt. Es ist zu begrüßen, daß Arbeiter auch zu derartigen Verwaltungsausgaben herangezogen werden. Hoffentlich wird diese Praxis noch weiter ausgedehnt.

Eine zeitgemäße Aufgabe. Im Siedlungs- und Wohnungswesen unsres Volkes stehen große Umwälzungen bevor. Die Bevölkerung sowohl wie die maßgebenden behördlichen Stellen sind sich darüber einig, daß, um die Volkskraft nach den ungeheuren Verlusten des Krieges wieder entsprechend zu stärken und um den dringenden bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, eine umfassende innere Kolonisation getrieben und für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung der Übergang zu einer viel weiträumigeren, viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und der Natur bietenden Siedlungsweise, gefunden werden muß. Zu den Reformmaßregeln, die für eine Verwirklichung dieser Gedanken notwendig sind, gehört aber auch eine Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens. Gerade die neuesten Erfahrungen, die man in verschiedenen Teilen Deutschlands, z. B. bei der Hannoverischen Moorkolonisation, in Bayern und bei der Kriegerheimstättenbewegung gemacht hat, lassen diese Reform als durchaus dringend erscheinen. Das Enteignungsrecht ist an und für sich einzelstaatliches Recht, aber es enthält doch auch viele privatrechtliche Elemente und das Privatrecht ist bekanntlich Sache des Reiches. Außerdem hat das Reich auch schon wiederholt durch Sondergesetz in das Enteignungsrecht eingegriffen z. B. durch das Reblausgesetz, das Reichsrayongesetz und das Gesetz zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Da nun die Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens durch die Einzelstaaten in den letzten Jahrzehnten nur sehr wenig vorgerückt ist, so würde es sich sehr empfehlen, daß der Reichstag sich baldmöglichst einmal gründlich dieser Sache annähme und einen größeren Fortschritt auf diesem Gebiete auf reichsrechtlicher Grundlage mit Nachdruck anstrebe. D. W. A.

Aus dem Auslande.

Staatliche Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz. Die viel besprochene in einzelnen Kantonen schon seit früher geregelt Arbeitslosenunterstützung ist nunmehr vom Bundesrat einheitlich geregelt worden. Er hat den Beschluß gefaßt, einen Fonds für Arbeitslosenfürsorge zu schaffen. Der Bund erhebt einen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, der ein Fünftel des Betrages ausmacht, und zwar wird der Zuschlag erhoben erstmals auf die Kriegsgewinnsteuer für das Jahr 1916. Dem Fonds wird überdies aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer von 1915 eine Summe von drei Millionen zugewiesen, sodaß er vermutlich auf 10 Millionen gebracht werden kann. Aus diesem Fonds gewährt der Bund während der Dauer des Krieges und der durch den Krieg verursachten außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Beiträge an die Kosten der Arbeitslosenfürsorge. Die Grundsätze, nach denen die Beiträge bemessen und die Bedingungen, unter denen die Beiträge entrichtet werden, sind durch eine besondere Verordnung zu bestimmen. Der Beschluß tritt sofort in Kraft.

Aus dem Bericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

Im »Correspondenzblatt« veröffentlicht die Generalkommission einen Auszug aus ihrem Jahresbericht, den sie vollständig der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 20. März d. J. unterbreitet hatte. Wir wollen versuchen in einer gedrängten Zusammenfassung das Wichtigste daraus wiederzugeben. Ein Bericht über die gesamte Tätigkeit der Generalkommission während der Kriegszeit soll erst nach Kriegsschluß gegeben werden.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat während der Kriegszeit und besonders in den letzten Wochen ertragen. Die Not zu lindern, war Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf gesagt werden, daß sie auf das äußerste bemüht waren, diese Pflicht zu erfüllen. Mag auch der unmittelbare Erfolg gering erscheinen, so ist doch die Frage berechtigt, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht so gehandelt hätten. Wäre ihren Anforderungen stets rechtzeitig Folge

gegeben, so hätte die Notlage weiter Bevölkerungskreise nicht den gegenwärtigen Umfang annehmen können. Auf fortgesetztes Drängen der Organisationen sind viele ihrer Vorschläge zur Durchführung gelangt, aber stets zu spät. Trotzdem dürfte aus diesem Grunde die bisherige Arbeit nicht aufgegeben oder vermindert werden, nicht weil durch sie den verantwortlichen Stellen eine Erleichterung geschaffen werden soll, sondern weil sie im Interesse der Arbeiter geboten ist.

Die Generalkommission war bemüht, bei dieser ihrer Tätigkeit möglichst weite Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die Vereinsgesetznovelle ist am 5. Juni 1916 vom Reichstag verabschiedet und Gesetz geworden. Über den Wert und die Bedeutung der Gesetzeswerk in einer in den Gewerkschaftskreisen verbreiteten Broschüre berichtet. Es zeigt sich schon jetzt, daß für die Gewerkschaften mit diesem Gesetz eine Erleichterung ihrer Tätigkeit herbeigeführt worden ist. Das wird noch deutlicher zu Tage treten, wenn nach Kriegsschluß die Gewerkschaften ihre Arbeit für die Erhöhung der Lebenshaltung und die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse in der gleichen Art fortführen werden wie vor Kriegsbeginn.

Auch das Hilfsdienstgesetz ist in einer besonderen Broschüre behandelt worden. Das Gesetz entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; es hat jedoch schließlich eine Fassung erhalten, die es auch den Gewerkschaftsvertretern, die als Reichstagsabgeordnete ihre Stimme abzugeben hatten, ermöglichte, für das Gesetz zu stimmen. Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag ist auf Drängen der Arbeitervertreter ein Erlaß des Kriegsministeriums bekanntgegeben, der eine Sicherung der Reklamierten vor Unternehmerwillkür herbeiführen sollte. Ein neuer Erlaß vom 2. Februar 1917 sdränkt diese Sicherung besonders für die Arbeiter und Angestellten in den Marinebetrieben und den für die Seekriegführung tätigen Privatbetrieben wesentlich ein. Gegen diesen Erlaß ist von den Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände in einer eingehend begründeten Eingabe an das Kriegsamt Einspruch erhoben worden. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der auf Beschluß der beteiligten Organisationen ins Leben gerufen wurde, begann seine Tätigkeit am 1. Juli 1916. Auf eine Anfrage an den Reichskanzler, ob der Verband ungehindert Mitglieder im Betrieb der Staatsbahnen würde werben können, wurde mitgeteilt, daß der preußische Eisenbahnminister nach wie vor darauf bestehe, daß der statutarische Streikverzicht vorherausgesprochen werden müsse. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Teile annehmen, das sie ihren Standpunkt wahren.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrecht erhalten. Den Anforderungen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Sitzverlegung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einzuberufen. Das erstmal, als der Antrag auf Sitzverlegung Anfang 1915 gestellt wurde; das zweitemal, als eine aus vier Ländern besandte Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbureau einzusetzen. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz verlagert. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiterschutzforderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durcharbeiten und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Versendung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die letzteren sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund bezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlage einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen 400 484,86 Mk. und an Gesamtausgaben 440 840,15 Mk. auf. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 40 355,29 Mk., wovon 3006,08 Mk. auf das Unterstützungskonto entfallen. Der Bestand des letzteren beträgt 88 219,01 Mk. und das Vermögen der Generalkommission 338 217,28 Mk.

Das »Correspondenz-Blatt« mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang fürliebnehmen. Die Redaktion war trotz dieser Hemmungen bestrebt, den Gewerkschaftsinteressen während des Krieges auf den verschiedensten Gebieten, besonders in der Kriegsfürsorge und Kriegsernährung, gerecht zu werden. Durch Beschluß der Generalkommission war sie mit der Sozialpolitischen Abteilung in enge Verbindung gebracht worden, um eine bessere Verwertung der dort gesammelten sozialpolitischen Materialien zu ermöglichen. Die Auflage des »Corr.-Bl.« betrug Ende 1916: 27 000 gegen 28 200 am Schlusse der vorherigen Berichtsperiode.

Die Aufhebung wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen gab den Gewerkschaften Anlaß, auf die Beseitigung nachlässiger Betriebsanordnungen und mangelhafter Betriebseinrichtungen zu drängen. Die Änderungen in den Industrien, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Neuerungen gebracht, die seit langem zu den Forderungen der Gewerkschaften gehören. Der Siebenuhr-Ladenschluß für öffentliche Verkaufsstellen ist aus der Zwangslage des Krieges entstanden und wäre zu wünschen, daß er auch über den Krieg hinaus seine Herrschaft behält.

Für die Heimarbeit steht die Regelung der Lohnfrage in dem Vordergrund. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern ist die Forderung auf Einsetzung der Fadhkommissionen zur Regelung der Löhne eingehend begründet. Vorläufig ist durch eine Verordnung bestimmt, daß zu den Fadhkommissionen von seiten der Arbeiter auch Gewerkschaftsangehörige hinzugezogen werden können. Damit ist dem Verlangen der Gewerkschaften entgegengekommen, jedoch fehlt es noch an der Aufnahme der Tätigkeit der Fadhkommissionen nach dem Heimarbeitsgesetz. Gute Fortschritte hat die Regelung der Tarife und die Fortsetzung und Bindung der Löhne für Heimarbeit gemacht die für Militärlieferungen beschäftigt sind. Die Gewerkschaften können hier ein durchaus anerkennendes Entgegenkommen konstatieren.

Das Sekretariat für Bauarbeiterschutz hat im Februar 1916 eine Umfrage veranstaltet. Das dabei festgestellte Material hat alle Vermutungen über den traurigen Stand des Arbeiterschutzes bei dem jetzigen Bauwesen übertröffen. Persönliche Inaugenschaunahme des Sekretärs in wichtigen Industrieaufbauvervollständigten das Material, das Anlaß zu einigen Eingaben, persönlichen Unterredungen mit Behörden und zu zahlreichen informativischen Abhandlungen gab.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsernährungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungleiche Verteilung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel der Organisation, sondern auch an dem Versagen der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzt neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Beseitigung der Preisstrebereien interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsfürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« erscheint jetzt in einer Auflage von 92 000 Exemplaren.

Das Zentralarbeitersekretariat verzeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 835, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343. Von den 835 Sachen gingen ein von Arbeitersekretariaten 622, Gewerkschaftskartellen 11, Rechtsauskunftsstellen 14, Gewerkschaftsverwaltungen 72 und an Personen 116. Aus früheren Jahren waren 547 Sachen rückständig, so daß 1382 Sachen in Bearbeitung standen, von denen 981 erledigt wurden (847 Unfall-, 70 Invaliden-, 37 Krankenkassen-, 22 Knappschafs- und 5 Zivilsachen). Das Ergebnis der erledigten Unfallsachen war in 342 Fällen für die Verletzten bzw. Hinterbliebenen günstig, in 505 Fällen ungünstig. Von 70 erledigten Invalidensachen endigten 27 für die Versicherten günstig, von 37 Krankenversicherungssachen waren 11 erfolgreich, von 22 Knappschafsachen fielen 6 zugunsten der Kläger aus.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Lohn- und Teuerungszulagen.

München, Filiale I, Lithographen und Stein-drucker. Laut § 2 letzter Absatz unseres Tarifes erhöhten sich ab 1. Januar 1917 die Mindestlöhne um 1 Mk. pro Woche, außerdem hatte eine Revision der übrigen Lohnsätze zu erfolgen. Infolge des Krieges mit seinen unheimlichen Begleiteerscheinungen in bezug auf Lebensmittelknappheit und der damit verbundenen gemeingefährlichen Wucherpreise aller Lebens- und Bedarfsartikel sind wir schon Ende 1915 an die Unternehmer um Lohn- und Teuerungszulagen herangetreten, die dann auch zum Teil gewährt wurde. Im Juni letzten Jahres kamen denn Abmachungen mit Hilfe des Gewerbegerichts als Tarifamt zustande, wonach eine Teuerungszulage von 2 Mk. pro Woche gegeben wurde. Die Abmachung hatte Gültigkeit bis 31. März 1917. Da nun die Teuerungsverhältnisse sich ins unerhörte steigerten, sind wir Anfang Dezember 1916 um eine generelle Lohnerhöhung an den Verein Münchener Lithographie- und Stein-druckereibesitzer (E. V.) herangetreten. In einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am 17. Januar 1917 wurden eingehend die Berufsverhältnisse, sowie die mißliche Lage der Arbeiterschaft besprochen. Eine Beschlußfassung kam nicht zustande, aber die Herren Vertreter der Arbeitgeber erklärten, daß sie ihrer Versammlung die Wünsche der Arbeiterschaft unterbreiten werden und weitgehendst befürworten. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß ein die Gehilfen befriedigender Beschluß wohl zustande kommen werde. Acht Tage darauf ging uns folgendes Schreiben datiert von 25 Januar 1917 zu: — »Zur tariflich vorgesehenen Lohnrevision hat die gestrige Versammlung beschlossen, unter Würdigung der abnormen Verhältnisse eine möglichst durchgehende Lohnzulage des Personals vorzunehmen unter Berücksichtigung der Leistungen des Einzelnen. Die Zulage ist rückwirkend ab 1. Januar 1917 und kommt am 27. Januar zur Auszahlung.« — Das Resultat war, daß durchgängig 2 bis 3 Mk. nur in zwei Fällen 1 Mk. Lohnzulage pro Woche gewährt wurden. Am 31. März lief die Frist über die Abmachungen der Teuerungszulagen ab. Nach dreimaligen Unterhandlungen am Gewerbegericht (Tarifamt) wurde am 25. April 1917 endlich folgendem Vermittlungsvorschlag des Gewerbegerichtsrates Satorius beiderseits zugestimmt. Danach erhalten Gehilfen 5 Mk., Hilfsarbeiter 4 Mk., Hilfsarbeiterinnen 3 Mk. pro Woche Teuerungszulagen. Die Nachzahlung erfolgt ab 1. April 1917. Diese Abmachungen gelten bis 31. März 1918. Sollten sich aber bis 1. Januar 1918 die Preise für den notwendigen Lebensunterhalt wesentlich steigern, ist die Gehilfenschaft berechtigt, eine der Erhöhung Teuerungszulagen zu beantragen. Das Gewerbegericht als Tarifamt hat, wenn die Parteien sich nicht einig werden, dann endgültig zu entscheiden.

Ortsberichte.

Düsseldorf. Am 16. April fand hier eine Steindruckerversammlung statt. Gegenstand der Besprechung war die zwischen dem Hauptvorstand und dem Schutzverband getroffenen Vereinbarungen über die Einstellung von Hilfskräften im Gewerbe. Die Steindrucker Düsseldorfs nehmen mit Bedauern hiervon Kenntnis und sind der Ansicht, daß solche die Gehilfenschaft schwer schädigende Maßnahmen hätten vermeiden werden müssen. Es würden viele Kollegen, die jetzt in fremden Berufen tätig sind, gern in die Druckereien zurückkehren, wenn die Prinzipale nur die zum Leben ausreichenden Löhne zahlen wollten.

Der Lithograph.

Heraus aus dem Elend!

III.

Handarbeit und Maschine.

Hausarbeit statt Lohnerhöhung. Der Steindrucker ist mit seiner Arbeit, bis auf verschwindende Ausnahmen, an die Maschine gebunden. Sein wichtigstes Handwerkszeug ist die Steindruckpresse, gleichgültig ob es sich dabei um eine kleine Handpresse oder um die vollkommene Schnellpresse handelt. Damit vollzieht sich seine Arbeit nur im Fabriksaal. Kommt er zu der Erkenntnis, daß sein Lohninkommen unzureichend sei, will er seinen Lohn erhöhen, so stehen ihm zwei Wege offen: entweder er verlängert seine Arbeitszeit durch Überstunden oder er fordert direkt Lohnzulage. Für den ersten Weg muß er die Zustimmung des Betriebsleiters haben, denn Licht, Antriebskraft, Hilfsarbeiter usw. müßten dann gleichfalls zur Verfügung stehen, was nur zugestanden werden wird, wenn dringende Arbeit vorhanden ist. Folglich bleibt nur der Weg der direkten Lohnerhöhung, der darum mit größter Energie betreten wird. Er selbst hat

nur das dringendste Interesse daran, auch seine Arbeitskollegen im selben Sinne wirken zu sehen, will er sein Ziel mit einiger Sicherheit erreichen.

Ganz anders beim Lithographen. Ihn bindet keine Maschine, kein Arbeitssaal. Die gebräuchlichsten Steine lassen sich bequem aus der Fabrik nach Hause tragen. Er ist, will er länger arbeiten, weder an die Beleuchtung, an die mechanische Antriebskraft, noch an Hilfsarbeiter oder an irgend eine Maschine gebunden. Wie er die Arbeit im Atelier unterbrochen, so setzt er sie am selben Steine zu Hause fort. Und da dem Unternehmer keinerlei Betriebsunkosten daraus erwachsen, er solche höchstens noch spart, hat er kaum jemals etwas dagegen einzuwenden, wird im Gegenteil noch ihr eifrigster Förderer. Er ist es, der bei Lohnforderungen wieder und wieder die bequeme Möglichkeit des Mehrverdienstes durch Hausarbeit dem Lithographen anzupfehlen sucht. Weit öfter aber wird der Lithograph die aufsteigende Erkenntnis, daß sein Lohn- oder auch sein Akkordverdienst unzureichend sei, durch die Annahme von Hausarbeit zu beschwichtigen suchen. Umso lieber, als er, der durch seinen Beruf ängstlich gewordene, gern seinem Chef oder Oberlithographen aus dem Wege geht.

Es ist ja nicht wahr, daß der Lithograph nicht wüßte wie er sich selbst durch dauernde Heimarbeit schädigt! Hier trifft das Wort im vollen Maße zu: Der Geist ist willig aber das Fleisch ist schwach. Die Einsicht ist bei fast allen klar vorhanden, was fehlt ist nur der energische Wille des sich selbst achtenden Kollegen. Dieser Wille ist dem Gros der Kollegen durch die bisher eingeführten beruflichen Schäden gebrochen worden.

Die Geringschätzung durch den Unternehmer ist allgemein betrachtet unlegbar. Sie ist aber lediglich in der kapitalistischen Betriebsorganisation begründet. Der Unternehmer der Luxuspapierfabrik oder auch der Steindruckerei ist Kapitalist. Sein Geld steckt er nur in den Betrieb, damit es sich möglichst hoch verzinst; der Kapitalgewinn ist der einzige Zweck seiner industriellen Betätigung. Ihm gilt seine Sorge. Stillstand der Produktion droht den Profit zu verringern. Wer aber kann den Stillstand der Produktion in seinem Betrieb herbeiführen? Der Lithograph? Nun gerade der Krieg hat uns aufs neue gezeigt, daß im Notfall auf lange Zeit hinaus von alten Lithographen und alten Mustern gedruckt werden kann. Seine Arbeit, die eine lang vorbereitende für den Druck ist und die einmal hergestellt, jahrzehnte wieder benutzt werden kann, brennt dem Unternehmer nur selten auf die Nägel. Dann aber sieht er täglich die Schaar der Privatlithographen, die gierig nach Aufträgen um jeden Preis betteln, da fällt es ihm schwer in der Arbeitseinstellung seiner Lithographen eine größere Gefahr zu sehen. Umso weniger, als erhebliches Betriebskapital in dem lithographischen Atelier nur selten steckt.

Wieviel anders liegen die Dinge im Steindruck? In den Rotations- und Schnellpressen aber auch noch in den Handpressen steckt der weitaus größte Teil des Betriebskapitals. Auf die Maschine ist in der Hauptsache die Betriebskalkulation aufgebaut. In einer festgesetzten Reihe von Jahren soll sie ihr Anlagekapital wieder mit Zinsen hereingebracht haben. Gelingt es diese Zeit abzukürzen, so steigt der Gewinn. Jede Stunde aber, die die Maschine still steht, schmälert ihn. Nicht die Arbeit des Steindruckers an sich ist es, um die dem Unternehmer bangt, wenn jener die Arbeit niederzulegen droht, aber mit dem Steindrucker hört auch die Maschine auf zu arbeiten. Das bringt auf Stunde und Pfennig auszurechnenden Verlust. Beim Lithographen wird die Arbeit unterbrochen, bleibt die Möglichkeit sie später fertigzustellen, in vielen Fällen offen. Beim Steindrucker aber geht nicht nur das Kapital, geht auch der Gewinn, der auf Tag und Stunde für die Maschine ausgerechnet war, unwiederbringlich verloren.

Das ist die alleinige Ursache, weshalb der Unternehmer im allgemeinen dem Steindrucker größere Wertschätzung entgegenbringt. Ihm ist der größte Teil seines Betriebskapitals anvertraut, darum gilt ihm seine größte Sorge. Rein wirtschaftliche Ursachen schaffen die auffälligen Verschiedenheiten zwischen Lithographie und Steindruck. Daß sie in Wirklichkeit,

oder sagen wir rein menschlich nicht vorhanden sind, zeigt sich deutlich in der fast durchweg längeren Arbeitszeit für Steindrucker und, wie wir nachgewiesen haben, in dem keineswegs höheren Lohn dafür.

Graphische Technik.

Eine Bitte!

Zu all den Wiederwärtigkeiten, die unser Dasein beeinträchtigen, gesellen sich, um das Maß voll zu machen, auch noch täglich neue unberechenbare Mißhelligkeiten im Arbeitsprozeß selbst. Nicht jedem ist es gegeben sich leichten Herzens darüber hinwegzusetzen. Wohl aber findet mancher hin und wieder einfache Auswege, auf die andere trotz mühsamer Überlegung nicht kommen können. Dazu haben wir uns ja zusammengeschlossen, um uns durch den Verband das Leben erträglicher zu machen. Wenn wir auch unsere technischen Erfahrungen bei der Arbeit, gute oder schlechte, jene zur kollegialen Hilfe, diese zur Warnung, uns gegenseitig mitteilen, auch dann fördern wir den kollegialen Zusammenhalt. Die Zahl unserer technisch besonders begabten Kollegen ist durch Einziehung arg zusammengeschrunpft. Aber es müssen ja durchaus nicht immer lange theoretische Erörterungen sein. In wenigen Sätzen läßt sich häufig ein guter Rat, eine wertvolle Erfahrung aus der praktischen Arbeit heraus geben. Praktische Hilfe in ihren technischen Schmerzen, das ist es, was den Kollegen im Moment bitterst not tut. Jeder Kollege, der uns darin aus seinen beruflichen Erfahrungen unterstützen zu können meint, soll uns hochwillkommen sein. Die Redaktion.

Etwas vom Sparen und anderes.

In diesen Kriegeszeitläufen, wo alles, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, auf das Sparen eingestellt ist, da ist es auch in unserem Gewerbe am Platze einmal von dieser Tugend zu reden, da wir ja alle wissen, daß ein großer Teil notwendiger und unter geordneten Verhältnissen leicht und billig erreichbarer und daher oft wenig geachteter Materialien jetzt entweder gar nicht mehr oder doch nur zu Preisen zu erhalten sind, die ein fast geiziges Haushalten damit zur zwingenden Notwendigkeit machen. Der vor kurzem in der „Graphischen Presse“ aus dem Klmsch'schen Anzeiger übernommene Artikel hat in dieser Hinsicht schon manchen Fingerzeig gegeben; ich will auf Grund langjähriger praktischer Erfahrungen im nachstehenden versuchen, den Kollegen einige Ratschläge in der gedachten Richtung zu erteilen in der Erwartung, daß doch etlicher Nutzen daraus erwächst. Ich erwähne noch, daß ich bei allen Erörterungen den lithographischen Schnellpressendruck im Auge habe, da gerade bei ihm natürlich die größte Menge Material verbraucht wird.

Wenn zunächst die für einen tadellosen Druck notwendigen Vorbereitungen zur Betrachtung kommen, so ist es in erster Linie der Zylinderaufzug, der sorgfältigste Beachtung verdient. Ein vieldempfundener Übelstand ist das Rosten des Zylinders, wodurch der Filz stellenweise bald hart wird, schlecht ausdrückt und oft Ton verursacht. Einen absolut sicheren Schutz gegen diesen fatalen Rost gibt es leider nicht. Früher hat man oft den Zylinder mit einem dicken Anstrich von Mennige versehen, was ja der wirksamste Schutz zweifellos ist, da aber dieses Material heute unverhältnismäßig teuer ist, so nimmt man gewöhnlichen Eisenlack, oder aber irgend eine alte Farbe, die man mit Kremserweiß mischt und noch Trockenstoff zusetzt. — Alte Filze mit rostigen Stellen kann man ganz gut wieder brauchbar machen, wenn man sie mit heißer Sodalaug (Seife, die besser ist, ist heute zu teuer) oder solcher aus Seifenpulver fest bürstet. Farbrusten entfernt man am besten mit Benzol- oder Chloroformbehandlung, die allerdings schon in den meisten Fällen eine längere Behandlung voraussetzt. Auch Ätznatron ist verwendbar, doch ist hierbei große

Vorsicht geboten, da eine zu starke Lösung leicht eine Zerstörung des Gewebes verursachen könnte; auch auf die Hände bitte ich Obacht zu geben, da Ätznatronlauge die Haut stark angreift, am besten ein paar alte Lederhandschuhe anziehen. Ein gehöriges Ausklopfen und Aufbügeln ist nach dieser Wäsche erforderlich. Vorsichtiges Hantieren ist beim Aufbringen des Aufzuges auf den Zylinder notwendig, damit das Glanztuch nicht einreißt, denn jeder Riß läßt Wasser eindringen und sehr bald ist der Rest da. — Bei der Herstellung eines neuen Zylinderaufzuges ist folgendes zu beachten: die Webekanten des Glanztuches dürfen nie seiflich genommen werden, sondern nur oben oder unten, da sonst das Tuch sehr leicht einreißt. Der Grund hierfür liegt in der Webtechnik, die ich des Raumes wegen hier nicht erörtern will. Bei kleineren herausgeschnittenen Stücken, an denen die Webekante nicht mehr erkennbar ist, reißt man den Stoff an einer Ecke ein Stückchen ein; die Richtung des Risses muß in der Richtung der Zylinderdrehung genommen werden. — Ein weiterer zweckmäßiger Schutz des Aufzuges besteht in dem Aufkleben eines dünnen Bogens. Ferner halte man sich bei wechselnden Formaten, namentlich Steinformaten nach Möglichkeit einen zweiten älteren Aufzug bereit, der bei den kleineren Formaten Verwendung findet. Trotz aller Vorsicht entstehende kleine Löcher im Glanztuch, kittet man mit einer aus Kolophonium und Wachs zu gleichen Teilen bestehenden Paste aus und überklebt die betreffenden Stellen mit dünnem an den Rändern gerissenen (nicht geschnittenen) Papiers. Haben sich durch irgend welche Einflüsse, Eindrücke oder Vertiefungen im Filz gebildet, so kann man durch Anfeuchten des Filzes und unmittelbar daran anschließendes mehrmaliges durchlassen meist Abhilfe schaffen. Um den Rost zu vermeiden, ist es gut, den Aufzug sofort an der unteren Zylinderseite wieder zu lösen und hängend trocken zu lassen. Der nächste Punkt sind der Feuchtapparat und die Feuchtwalzen. Hier ist sorgsame Behandlung und größte Reinlichkeit der beste Sparsamkeitsfaktor. Öfteres Bürsten des Tisches und der Walzen mit heißem Wasser und Reinigen des Wasserkastens vom Schlamm ist erforderlich, das Näher der Walzen soll mit möglichst kleinen knappen Stichen geschehen, da dadurch dem Aufreißen der Nahtjam besten vorgebeugt wird. —

Das Drucken selbst ist naturgemäß unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen sehr erschwert. Aber mit einiger sachlicher Überlegung kann man sich über manche Schwierigkeit hinweghelfen. Die meisten Schwierigkeiten verursacht das gestrichene Papier. Das in regulären Zeiten übliche Firnissen des Papiers muß in den weitaus meisten Fällen heute weggelassen, nicht sowohl wegen des Mangels an Leinölfirnis oder des Preises für seinen Ersatz als deswegen, weil die meisten aus Teeröl hergestellten Firnisersätze eine unangenehme Verfärbung des Papiers hervorrufen. Als Ersatz für das Firnissen würde ich feuchtes durchlassen empfehlen. Dieses an sich etwas sonderbar erscheinende Verfahren will ich kurz begründen. Das Firnissen geschieht wohl lediglich aus dem Grunde, um das lästige Tonen zu vermeiden, bzw. zu mildern, da die Firnissschicht das tonende Gerbmittel des Striches bindet. Man beobachtet aber beim Druck, daß sich das Tonen, sofern es trotz dem Firnissen auftritt, mit der Zeit immer mehr verliert und schließlich ganz verschwindet. Daskommt meines Erachtens daher, daß das Feuchtwasser mit der Zeit das Gerbmittel mehr und mehr löst und aufnimmt. Unter Voraussetzung dieser Umstände wird sich ein vorheriges feucht Durchlassen des Papiers und Einschließen in Makulatur empfehlen und zum mindesten das gefürchtete Tonen bedeutend schwächer auftreten. — Ohne Farbzusätze mancherlei Art wird sich der Druck als solcher heute überhaupt kaum noch bewerkstelligen lassen. Die Erörterung dieses Stoffes überschreitet jedoch den Rahmen meiner Aufgabe. —

Tüchtiger Farbätzer
sowie ein
Andrucker
für Schwarz- und Farbendruck gesucht.
Gefl. ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnansprüche an
Kunstanstalten Jos. Müller,
München, Linprunstraße 90.

Tücht. Schwarzätzer
t. Strichätzung. u. Autotypie sowie
Handpressendrucker
für Andruck von Farbätzungen
und Schwarz-Kilnschnee zum sofortigen Antritt in angenehme
Stellung gesucht.
Gebrüder Dietrich, Leipzig,
Josephinenstraße 9.

Bei dem jetzigen mangelhaften Firnis u. Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg
„Matt-Lack“ zu. Kilo 6,—
Mk.
„Harmalein“ Vorzüglich-
stoff in Paste, kein Herunterwischen
der Farben mehr. Auch beim Chromo-
und Buntdruck verwendbar, da jede
Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 6,—
F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

„Radium-Reiber“
Deutsches Reichspatent No. 269 755
zum Wiederherstellen von Lithographien
und Umdrucken, gleichwie auf welche
Art dieselben gelitten. Stets hilft ein
überstreichen m. d. „Radium-Reiber“,
welder für ca. 200 Fälle genügt. Ent-
säuern, Nadmachern usw. fällt gänzlich
weg. — Preis per Stück 15,— Mk. —
F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Tiefdruckätzer
zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit näheren Angaben über bisherige Tätigkeit, Militärverhältnisse und Gehaltsansprüche zu richten an
W. Girardet, Buchdruckerei u. Verlag, Essen.

Roulett., Fadenstichel
Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO, Naunynstraße 69.

Schmutzige Hände,
vorzüglich gereinigt durch Terrahes
Handwaschmittel.
Musterstück (115 Gramm) franko bei
Einsendung von 50 Pfg.
H. Terrahe, Stadthofn i. W.